Juni 2025

13. Jahrg.

84364

Seite 57–104

InTeR

Zeitschrift zum Innovations- und Technikrecht

2

Herausgegeben von

Jürgen Ensthaler
Dagmar Gesmann-Nuissl
Martin Sebastian Haase
Stefan Müller

Herausgeberbeirat

Lars Funk
Thomas Klindt
Anne Paschke
Roman Reiss
Philipp Reusch
Franz Jürgen Säcker
Christian Steinberger
Walther C. Zimmerli

Schriftleitung

Lehrstuhl für Wirtschafts-,
Unternehmens- und
Technikrecht an der
Technischen Universität Berlin
und Lehrstuhl Privatrecht und
Recht des geistigen Eigentums
Technische Universität Chemnitz

In Verbindung mit

VDI – Verein Deutscher Ingenieure e. V.

- Prof. Dr. Martin S. Haase*
57 **Datenschutz und Datennutzung**
- Prof. Dr. Anne Paschke und Tom Hubert*
58 **Landwirtschaft 4.0 im Lichte des Data Acts**
- Michael Öttinger*
65 **Knapp zwei Jahre EU-Batterieverordnung – aktuelle Themen, Mythen und Ausblick**
- Katja Hartl, Boris Kandov und Anna Tauber*
71 **Das (neue) österreichische Medienprivileg**
- Peter Hübelbauer*
73 **The conceptual turbulence of a drone's payload**
- Prof. Dr. Joachim Gruber*
79 **Prof. Dr. Dr. Fitzner, Uwe: Festschrift aus Anlass des 125-jährigen Bestehens des Patentanwaltsberufs**
- Prof. Dr. Dagmar Gesmann-Nuissl*
80 **Rechtsprechungsreport „Innovations- und Technikrecht“**
– Anm. zu EuGH, Urt. v. 25.2.2025 – C-233/23, S. 80–88
– Anm. zu EuGH (Erste Kammer), Urt. v. 27.2.2025 – C-203/22, S. 88–93
– Anm. zu OLG Bamberg (3. Zivilsenat), Endurteil v. 5.2.2025 – 3 UKI 11/24 e, S. 93–97
– Anm. zu EuGH, Urt. v. 19.12.2024 – C-157/23 – Ford Italia SpA, S. 97–100
– Anm. zu VG Hamburg (Kammer 5), Beschluss vom 9.12.2024 – 5 E 5778/24tsatz, S. 100–103
- 103 **InTeRessantes**

tens der delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte einzuhalten ist. Dies ist bei der Fülle der anstehenden Rechtsakte und Übergangsbestimmungen durchaus komplex und sollte sorgfältig dokumentiert werden, um keine relevante Compliance-Frist zu übersehen. Andernfalls ist die Verkehrsfähigkeit der betroffenen Batterien und batteriebetriebenen Geräte und Fahrzeuge gefährdet.

IV. Fazit

Die sehr dynamischen, praktischen Entwicklungen, die rechtliche Komplexität der Fragestellungen und die mitunter nicht immer einfache Übersetzung der theoretischen Gesetzesinhalte in die operative Unternehmenspraxis führen dazu, dass das Thema Product Compliance immer mehr zu einer Spezialistenmaterie wird. Unternehmen werden in Zukunft nicht mehr umhinkommen, mehr personelle und finanzielle Ressourcen, intern oder extern, aufzuwenden, um mit den Entwicklungen Schritt zu halten. Andernfalls drohen Einschränkungen bei der Verkehrsfähigkeit der Produkte und diesbezügliche Sanktionen. Gerade dann, wenn

eine bestimmte Lösung nicht bewusst, unter Kenntnis aller damit verbundenen, rechtlichen Risiken entwickelt und umgesetzt wird, werden Überraschungen bei behördlichen Kontrollen oder seitens sehr aktiver Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen nicht mehr ausbleiben. Die dann teilweise unter Druck umzusetzenden Maßnahmen sind jedoch oftmals noch ressourcenintensiver als ein kontinuierliches Monitoring mit den dazugehörigen Anpassungen an den Abläufen und Produkten.

Mit der Verpackungsverordnung (EU) 2025/40, welche am 11.2.2025 in Kraft getreten ist und ab dem 12.8.2026 gilt, steht bereits der nächste Rechtsakt in den Startlöchern, der eine umfassende Lebenszyklusregulierung für eine bestimmte „Produktgruppe“ vorsieht. Aufgrund der Allgegenwärtigkeit von Verpackungen werden sich hiermit alle Branchen befassen müssen, die in irgendeiner Art und Weise mit Verpackungsmaterialien, Verpackungen und verpackten Produkten zu tun haben., als auch Batterieerzeuger und Hersteller von batteriebetriebenen Produkten und Fahrzeugen.

Katja Hartl, Boris Kandov und Anna Tauber, Wien*

Das (neue) österreichische Medienprivileg

Eine Rechtsgrundlage für Datenverarbeitungen zum Training von Künstlicher Intelligenz

Wie in Deutschland wurde auch in Österreich von der Öffnungsklausel in Art. 85 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hinsichtlich des Medienprivilegs Gebrauch gemacht. Im Vergleich zu der österreichischen Umsetzung wurde die Rechtsvorschrift in Deutschland u. a. durch die einschlägigen Bestimmungen des Medienstaatsvertrages¹ für Rundfunk und Telemedien (MStV) differenzierter als in Österreich ausgestaltet. Im Jahr 2022 hat der österreichische Verfassungsgerichtshof (ö VfGH) das Medienprivileg des § 9 österreichisches Datenschutzgesetz (ö DSG) für verfassungsbzw. unionsrechtswidrig erklärt.² Am 1. Juli 2024 trat die Neuregelung des § 9 ö DSG in Kraft. Der Beitrag untersucht die Möglichkeit der Anwendung des Medienprivilegs als Rechtsgrundlage für das Training von KI-Systemen.

I. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes

In Deutschland finden sich in Bezug auf Rundfunk und Telemedien einschlägige Regelungen in den §§ 12 und 23 MStV, die das Medienprivileg der DSGVO gem. Art. 85 DSGVO verankern. Für den Bereich der Presse bzw. Printmedien gibt es in den einzelnen Bundesländern das jeweilige Pressegesetz, das das Medienprivileg regelt – kritisiert wird daran, dass die weitgehenden Freistellungen darin den Datenverarbeitungsvorgaben und somit dem Regelungsauftrag des Art. 85 DSGVO nicht gerecht werden.³ Dennoch sind die erwähnten Gesetze in ihrem Differenzierungsgrad fundierter als die österreichische Vorgängerregelung des § 9 ö DSG anzusehen, bei dem – so die Entscheidung des

ö VfGH – eine ausreichende Interessenabwägung fehlte und welche nun neu geregelt wurde.

Bis zur Entscheidung des VfGH bestand in Österreich mit § 9 ö DSG eine Regelung, die eine Pauschalausnahme hinsichtlich der DSGVO normierte. Diese basierte – wie die Rechtsvorschriften in Deutschland – auf Art. 85 DSGVO, der in Abs. 2 regelt, dass die Mitgliedsstaaten nationale Bestimmungen vorsehen können, um das Recht auf Schutz der personenbezogenen Daten mit der Freiheit der Meinungsäußerung und der Informationsfreiheit in Einklang zu bringen. Die Umsetzung der ursprünglichen Regelung war von Beginn an in der Literatur hinterfragt worden.⁴

Der ö VfGH argumentierte, dass die gänzliche Ausnahme von den Bestimmungen des ö DSG bei Datenverarbeitungen durch Medienunternehmen, die zu journalistischen Zwecken erfolgen, verfassungswidrig sei. Ein undifferenzierter, also ein absoluter bzw. gänzlicher Ausschluss der Anwendbarkeit von der DSGVO und dem ö DSG („Medienprivileg“), verstößt nämlich, wie der ö VfGH festgestellt hatte, gegen das Grundrecht auf Datenschutz⁵, welches in

* Mehr über die Autor*innen erfahren Sie auf S. III.

1 Medienstaatsvertrag vom 28. April 2020 (SächsGVBl. S. 381), der zuletzt durch Artikel 1 des Staatsvertrages vom 7. März 2024 (SächsGVBl. S. 491) geändert worden ist.

2 VfGH G 287/2022-16, G 288/2022-14.

3 Tinnefeld/Buchner in: BeckOK DatenschutzR, 2024/50, Syst. I. Datenschutz in Medien und Telekommunikation Rn. 43.

4 Feiler/Forgó, EU-DSGVO, 2. Auflage, 2022, § 9 Rn. 1.

5 https://www.vfgh.gv.at/medien/Medienprivileg_U_Haft_Dezember_2022.php (abgerufen am 20.12.2024).

§ 1 ö DSG verankert ist. Der mit 30. Juni 2024 aufgehobene § 9 Abs. 1 ö DSG sah vor, dass das ö DSG selbst sowie näher bezeichnete Teile der DSGVO auf journalistische Datenverarbeitungen durch Medieninhaber:innen, Herausgeber:innen sowie Mitarbeiter:innen eines Medienunternehmens oder Mediendienstes nicht anzuwenden waren, was einer generellen Anwendungsausnahme gleichkam und somit in einer Verletzung des Grundrechts auf Datenschutz resultierte.⁶

Ein gesetzlicher Eingriff in das Grundrecht auf Datenschutz ist, dem ö VfGH zufolge, nur erlaubt, sofern der Eingriff zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen notwendig ist. Der Gesetzgeber ist also aufgrund des Grundrechts auf Datenschutz immer dazu verpflichtet, eine Interessenabwägung zwischen dem Interesse von Betroffenen am Schutz ihrer personenbezogenen Daten und gegenläufigen berechtigten Interessen von anderen, etwa eines Medienunternehmens, durchzuführen.⁷ Konkret handelt es sich in diesem Zusammenhang um die Informations- und Meinungsfreiheit.

Dass Medien mit ihrer besonderen Stellung als „public watchdog“ und vierte Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen und Ausnahmen vom Datenschutz notwendig sind, wenn die Datenschutzbestimmungen mit den Besonderheiten der Ausübung journalistischer Tätigkeit nicht vereinbar wären, verkennt der ö VfGH nicht. Der Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit, ganz grundsätzlich für Tätigkeiten, die zu journalistischen Zwecken ausgeübt werden, den absoluten Vorrang vor dem Schutz personenbezogener Daten einzuräumen, erlaubt das Grundrecht auf Datenschutz nicht.⁸

II. Neuregelung seit dem 1. Juli 2024

Seit 1. Juli 2024 ist die neue Fassung des § 9 Abs. 1 ö DSG unter Berücksichtigung der Vorgaben des VfGH in Kraft. Die Neuregelung des Medienprivilegs ist von mehreren grundlegenden Prinzipien und Zielsetzungen getragen – unter anderem, dass die ursprünglich nicht enthaltene Interessenabwägung nun an mehreren Stellen verankert wurde.

Der Schutz der Quellen soll umfassend sichergestellt werden und das Redaktionsgeheimnis (§ 31 ö MedienG) nicht berührt werden.⁹ Das Redaktionsgeheimnis (einschließlich des in § 31 Abs. 2 ö MedienG verankerten Umgehungsverbots) soll unmittelbar gegenüber der betroffenen Person gelten, sodass die Verantwortlichen nicht dazu verpflichtet sind, dem Quellenschutz unterliegende Informationen offenzulegen („datenschutzrechtliches Redaktionsgeheimnis“). Damit den besonderen Anforderungen betreffend das datenschutzrechtliche Redaktionsgeheimnis sowie den Quellenschutz Genüge getan wird, erkennt der Gesetzgeber an, dass unter Umständen bereits die Bestätigung, dass personenbezogene Daten verarbeitet werden, laufende Recherchen oder den Quellenschutz gefährden kann. Verantwortliche sollen, um das zu verhindern, bei Auskunftsverweigerungen bei der Beantwortung von Auskunftersuchen nicht gezwungen sein, gegenüber Betroffenen offenlegen zu müssen, ob deren personenbezogenen Daten verarbeitet werden, sofern dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung unterlaufen würde. Dazu schlägt der Gesetzgeber in den Materialien die Form einer ‚neutralen‘ Beantwortung von Auskunftersuchen vor, die offenlässt, ob personenbezogene Daten verarbeitet werden (etwa ‚Es werden keine

dem Auskunftsrecht unterliegenden personenbezogenen Daten verarbeitet.‘).¹⁰

Wie aus den Gesetzesmaterialien hervorgeht, war es von Bedeutung, dass die bisher bestehende Regelungslücke, welche „journalistische Tätigkeit außerhalb von Medienunternehmen“ nicht in den § 9 ö DSG mit einbezog, geschlossen wird. Erfasst ist nun auch der sog „Bürger:innenjournalismus“, der oft durch Einzelpersonen oder informelle Gruppen außerhalb professioneller Strukturen erfolgt. Nach der Rechtsprechung des EuGH¹¹ waren auch Einzelpersonen und informelle Gruppen, die bereits zuvor journalistisch tätig waren, von Art. 85 DSGVO umfasst.¹²

Das Unterlaufen von Investigativjournalismus durch datenschutzrechtliche Verpflichtungen bzw. der Durchsetzung datenschutzrechtlicher Betroffenenrechte soll vermieden werden. Auch die „public watchdog“-Funktion von Medien soll nicht eingeschränkt werden, wobei man sich fragen kann, ob es nicht bereits einschränkend wirkt, wenn jedes Mal eine Interessenabwägung zu erfolgen hat. Die journalistische Tätigkeit dient einem grundlegenden öffentlichen Interesse, welches auch weitreichende und sensible Datenverarbeitungen erfordert und rechtfertigt. Als Ausgleich dazu soll der Schutz personenbezogener Daten durch die Geltung allgemeiner Verpflichtungen gewährleistet werden, besonders durch die datenschutzrechtlichen Verarbeitungsgrundsätze, durch Pflichten der Verantwortlichen schon vor etwaigen Datenverarbeitungen sowie Verpflichtungen in Bezug auf Datensicherheit.¹³

III. Privilegierung von Datenverarbeitungen durch das ö Medienprivileg

Für die Entwicklung von KI-Systemen auf Basis von personenbezogenen Daten, welche journalistischen Zwecken dienen, wie etwa jenen Anwendungen, die durch das Forschungsprojekt FAIRmedia¹⁴ entwickelt werden, kann die Neuregelung des Medienprivilegs in Österreich eine potenzielle Privilegierung bedeuten. Diese Privilegierung nach § 9 ö DSG umfasst die Berechtigung zur Verarbeitung personenbezogener Daten einschließlich der in Art. 9

6 https://www.vfgh.gv.at/medien/Medienprivileg_U_Haft_Dezember_2022.php (abgerufen am 20.12.2024).

7 https://www.vfgh.gv.at/medien/Medienprivileg_U_Haft_Dezember_2022.php (abgerufen am 20.12.2024).

8 https://www.vfgh.gv.at/medien/Medienprivileg_U_Haft_Dezember_2022.php (abgerufen am 20.12.2024).

9 Burgstaller, ZIIR 2024, 268.

10 JAB, 2566 BlgNR 27. GP – https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/2566/fnameorig_1632492.html (abgerufen am 20.12.2024).

11 EuGH 16.12.2008, Satakunnan Markkinapörssi und Satamedia, C-73/07, Rn. 56-62; EuGH 14.2.2019, Buivids, C-345/17, Rn. 51 ff.

12 JAB, 2566 BlgNR 27. GP – https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/2566/fnameorig_1632492.html (abgerufen am 20.12.2024).

13 340/ME 27.GP – https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/ME/340/imfname_1626593.pdf (abgerufen am 20.12.2024).

14 Das Forschungsprojekt FAIRmedia wird durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) gefördert, vertreten durch die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG). FAIRmedia wird von JO-ANNEUM RESEARCH koordiniert und in Zusammenarbeit mit den Projektpartnern APA, ORF, FH St. Pölten, Redlink, dem Institut für Innovation und Digitalisierung im Recht der Universität Wien und der Österreichischen Mediathek durchgeführt. Ziel des Projekts ist es, innovative Lösungen für die Erstellung fairer und vertrauenswürdiger Datensätze sowie für den effektiven Einsatz von KI-Technologien in der Medienbranche zu entwickeln und dabei die europäische Datensouveränität zu stärken. <https://www.joanneum.at/digital/projekte/fairmedia/>.

Abs.1 DSGVO genannten besonderen Kategorien personenbezogener Daten, soweit dies für journalistische Zwecke erfolgt¹⁵ – insbesondere dann, wenn man das Training eines KI-Systems für Medienzwecke auch unter journalistische Zwecke subsumiert. Ähnliche Argumentationen finden sich auch in Deutschland beim Einsatz von KI im Journalismus, wo das Medienprivileg in Bezug auf den Einsatz von KI ebenfalls noch nicht abschließend geklärt ist.¹⁶

Art. 5 Abs. 1 lit. a DSGVO gilt in Bezug auf den Grundsatz der Transparenz mit der Maßgabe, dass die Verarbeitung personenbezogener Daten für die betroffene Person nur insoweit nachvollziehbar sein muss, als dadurch die Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt wird.¹⁷ Die Art. 13 und 14 (Informationspflicht) sowie Art. 21 Abs. 1 (Widerspruchsrecht) DSGVO sind nicht anwendbar.¹⁸

In Bezug auf personenbezogene Daten, auf deren Grundlage bereits eine mediale Veröffentlichung erfolgt ist, gilt das Auskunftsrecht (Art. 15 DSGVO) insoweit, dass die betroffene Person Auskünfte nur in Bezug auf bestimmte, im Antrag auf Auskunft konkret zu bezeichnende Veröffentlichungen verlangen darf und ihre Betroffenheit individuell zu begründen hat und die Verantwortlichen abweichend von Art. 12 Abs. 5 S.1 DSGVO berechtigt sind, für die Bearbeitung von Auskunftersuchen ein Entgelt von neun Euro zu verlangen.¹⁹ Eine Bezahlschranke soll jedenfalls häufige, unbegründete bzw. exzessive Geltendmachung von Betroffenenrechten hintanhaltend. Neun Euro erachtete der ö Gesetzgeber hierbei als angemessenes Entgelt.²⁰ Unterlässt die betroffene Person die konkrete Bezeichnung einer Veröffentlichung, die individuelle Begründung ihrer Betroffenheit oder legt sie keinen Nachweis für die Bezahlung des Entgelts vor, so können die Verantwortlichen sich weigern, aufgrund des Antrags tätig zu werden. Die Verantwortlichen sind berechtigt, die Auskunft zu verweigern, soweit dies zum Schutz des datenschutzrechtlichen Redaktionsgeheimnisses oder sonst im Einzelfall zum Schutz der Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit erforderlich und verhältnismäßig ist. In solchen Fällen müssen die Verantwortlichen bei der Beantwortung des Auskunftersuchens gegenüber der betroffenen Person nicht offenlegen, ob ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, soweit dadurch der Zweck der Auskunftsverweigerung unterlaufen würde.²¹

Mag. Peter Hübelbauer, BA, Wien*

The conceptual turbulence of a drone's payload

Drone payload development for scientific research

Any customisation of drones may have an impact on the flight safety; therefore, it is crucial to comply with the regulatory requirements. This paper aims to introduce this legal framework and reviews conceptual differences in relation to the mounting of additional objects to drones in order to clarify the legal situation.

IV. Ausblick

Zusammenfassend sieht der neue § 9 ö DSG nun eine dezidiert festgelegte Verhältnismäßigkeit in der Anwendung der Ausnahmen der DSGVO vor. Diese Verhältnismäßigkeitsprüfung wird auch für das Training von KI-Systemen gelten. Wie diese Verhältnismäßigkeitsprüfungen in der journalistischen Praxis ablaufen werden, wird anhand von konkreten Anwendungsfällen, mit Sicherheit folgender Rechtsprechung und weiteren medienpolitischen Entwicklungen zu beobachten sein.

Ob es in Folge der Neukonzeption des ö Medienprivilegs zu einer Veränderung der deutschen Rechtslage kommen könnte, bleibt offen. Ein Anstoß für eine Fortentwicklung wäre etwa die Rolle von Bürger:innenjournalismus, die bereits 2019 im EuGH-Urteil C-345/17 betont und vom ö Gesetzgeber aufgegriffen wurde – und vom bisherigen Medienprivileg in Deutschland noch nicht erfasst zu sein scheint.²² Lediglich Autor:innen, die Blogs betreiben, können unter die Auslegung des Journalismusbegriffs in Deutschland fallen, hingegen wurden Ausnahmen für private Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bisher nicht umgesetzt. Außerdem sind die Verantwortlichen in Deutschland auf das Datengeheimnis verpflichtet, wonach personenbezogene Daten, die sie zu journalistischen Zwecken verarbeiten, nicht für andere Zwecke weiterverarbeitet werden dürfen.²³ Insgesamt könnte durch die Gestaltung eines differenzierteren Medienprivilegs die „public watchdog“-Funktion von Medien unterstrichen und eine Anpassung an aktuelle Entwicklungen des Journalismus in Deutschland vorgenommen werden, bevor die bestehenden Rechtsnormen wie in Österreich gerichtlich als unzureichend bewertet werden.

¹⁵ § 9 Abs. 1 Z 2 DSG.

¹⁶ *Füllsack*, Künstliche Intelligenz und der Journalismus der Zukunft – Update #1, <https://www.cmshs-bloggt.de/rechtsthemen/kuenstliche-intelligenz/kunstliche-intelligenz-ki-und-der-journalismus-der-zukunft/> (abgerufen am 29.1.2025).

¹⁷ § 9 Abs. 1 Z 3 DSG.

¹⁸ § 9 Abs. 1 Z 4 DSG.

¹⁹ § 9 Abs. 1 Z 5 DSG.

²⁰ JAB, 2566 BlgNR 27. GP – https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/I/2566/fnameorig_1632492.html (abgerufen am 20.12.2024).

²¹ § 9 Abs. 1 Nr. 5 DSG.

²² *Kahl*, EuGH zum Datenschutzrecht: Medienprivileg auch für Blogger?, in: Legal Tribune Online, 27.2.2019, https://www.lto.de/persistent/a_id/34109 (abgerufen am 31.1.2025).

²³ *Schleithoff*, Die europäische Regulierung des Datenschutzes in den Medien, 2022, S. 7.

I. Payload developers in research projects

Scientists can benefit from using commercially available unmanned aircraft (UA) – commonly referred to as drones – as these are already on the European Union (EU) market

* Mehr über den Autor erfahren Sie auf S. III.